

Öffentliche Sitzung

Nichtöffentliche Sitzung

Beratungsfolge:

Ausschuss für Planung, Nachhaltigkeit und Mobilität	09.03.2022
Kreisausschuss	23.03.2022
Kreistag	06.04.2022

Verlängerung Projekt Eifel-Carsharing

Sachbearbeiter/in: Herr Glodowski

Tel.: 15 406

Abt.: 61.1

Die Vorlage berührt nicht den Etat des lfd. Haushaltsjahres.

Die Vorlage berührt den Etat auf der Ertrags- und/oder Einzahlungsseite.

Mittel stehen haushaltsrechtlich zur Verfügung.

Produkt:

Zeile:

gez.
Hessenius

Mittel stehen haushaltsrechtlich nicht zur Verfügung.

Mittel werden über-/außerplanmäßig bereitgestellt.

Produkt:

Zeile:

Kreis-
kämmerer

Deckungsvorschlag:

Mittel wurden in den Haushaltsplanentwurf 2022 bei Produkt 511 01 eingeplant und stehen nach Rechtskraft zur Verfügung.

Es entstehen Folgekosten - siehe anliegende Folgekostenberechnung.

Beschlussempfehlung der Verwaltung:

Der Kreistag beschließt, das Projekt Eifel-Carsharing um sechs Monate zu verlängern.

Begründung:

Das Projekt Eifel-Carsharing ist nach den zu erwartenden Anfangsschwierigkeiten mittlerweile angelaufen. In einigen Kommunen werden die Fahrzeuge schon sehr regelmäßig nachgefragt und es besteht die Chance, dass sich das Angebot verstetigen kann. Das ist für einen ländlich geprägten

Raum wie den Kreis Euskirchen eine erfreuliche Zwischenbilanz. Grundsätzlich war das Projekt mit einer Laufzeit von 6 Monaten so angelegt, dass für die Kommunen nach der Laufzeit die Möglichkeit besteht, das Angebot vor Ort in Eigenregie fortzuführen. Da die Förderung von Carsharing-Angeboten im ländlichen Raum jedoch bislang noch nicht in die Förderrichtlinie Mobilitätsmanagement (FöriMM) aufgenommen wurde, besteht die Gefahr, dass eine lückenlose Fortführung des Projektes für die Kommunen im Frühjahr noch nicht möglich ist. Alternativ besteht die Möglichkeit, das Pilotprojekt des Kreises Euskirchen zu verlängern und damit für weitere sechs Monate in Regie des Kreises fortzuführen. Eine entsprechende Förderzusage des Verkehrsministerium NRW liegt vor. Das hätte den Vorteil, dass das Angebot im Kreis Euskirchen vollumfänglich und flächendeckend weitere sechs Monate zur Verfügung stehen würde. So besteht die Chance, das Carsharing-Angebot weiter kreisweit verstetigen zu können. Mit einer Verlängerung des Projektes um weitere sechs Monate könnte das Carsharing-Angebot im Kreis Euskirchen besser etabliert und den Kommunen mehr Zeit gewährt werden, sich auf die Fortführung des Carsharing-Angebots in Eigenregie vorzubereiten.

Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung, vorbehaltlich des Beschlusses des Kreistags, einen Änderungsantrag zur Verlängerung des Förderprojekts um sechs Monate bei der Bezirksregierung Köln gestellt. Hierdurch würde sich die Laufzeit bis zum 24.10.2021 verlängern. Im Anschluss hieran können dann die Kommunen das Projekt, wenn gewünscht, in Eigenregie übernehmen und hierfür eine entsprechende Förderung nach der FöriMM beantragen. Wie in der laufenden Projektzeit wird das maximal entstehende Defizit mit 80 % gefördert. Das Defizit errechnet sich aus dem Sockelbetrag von 595 € brutto pro Fahrzeug und Monat abzüglich der vereinnahmten Nutzungsentgelte, die der Anbieter eingenommen hat. Die maximalen Kosten, die beantragte Förderung und der maximale Eigenanteil des Kreises stellen sich für weitere 6 Monate wie folgt dar (brutto):

Sockelbeträge 22 Fahrzeuge	78.540 €
Beantragte Förderung (80 %)	62.832 €
Eigenanteil max. (20 %)	15.708 €

Bislang (Stand Ende Januar 2022) wurden im Schnitt pro Fahrzeug und Monat 90 € an Nutzungsentgelten eingenommen, die den Sockelbetrag und damit den Eigenanteil entsprechend reduziert. Bei einer weiteren Verstetigung und in Anbetracht der Tatsache, dass Carsharing-Fahrzeuge im Sommer wesentlich besser genutzt werden, ist davon auszugehen, dass sich die Nutzungsentgelte weiter erhöhen und sich damit der Eigenanteil des Kreises verringert. Alle Kommunen befürworten einhellig eine Verlängerung des Projektes und haben weiterhin ihre Unterstützung mittels Bereitstellung der beschilderten Stellplätze und der Bewerbung des Angebots vor Ort zugesagt.

gez. Ramers

Landrat